



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 160. Ratssitzung vom 25. August 2021

4268. 2020/565

Weisung vom 09.12.2020:

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Ausbau der Fernwärmeversorgung in den Quartieren Wipkingen, Oberstrass, Unterstrass, Aussersihl sowie den Gebieten Guggach und Zürich-West/Sihlquai im Zeitraum 2022–2040, Rahmenkredit von 330 Millionen Franken und Vorfinanzierung mit 40 Millionen Franken

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Erweiterung der Fernwärmeversorgung in den Quartieren Wipkingen, Oberstrass, Unterstrass, Aussersihl sowie in den Gebieten Guggach und Zürich-West/Sihlquai im Zeitraum von 2022 bis 2040 wird ein Rahmenkredit von 330 Millionen Franken (inklusive Mehrwertsteuer) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes (Preisbasis Januar 2020).
2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits in Objektkredite entscheidet der Stadtrat.
3. Die Zuständigkeit für koordiniert zu realisierende Strassenbau- und Werkleitungsprojekte bestimmt sich abzüglich der Ausgaben für Fernwärme-Projekte, die dem Rahmenkredit gemäss Ziffer A.1 anzulasten sind.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

Für das mit Ziffer A.1 bezeichnete Vorhaben wird eine Vorfinanzierung von 40 Millionen Franken bewilligt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsantrag / Schlussabstimmungen:

Barbara Wiesmann (SP): Zwischen den Jahren 2020 und 2040 sollen die Quartiere Wipkingen, Oberstrass, Unterstrass, Aussersihl sowie die Gebiete Guggach und Zürich-West/Sihlquai mit Fernwärme erschlossen werden. Dafür braucht es einen Rahmenkredit in der Höhe von 330 Millionen Franken und eine Vorfinanzierung von 40 Millionen Franken. Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) Fernwärme agiert als Eigenwirtschaftsbetrieb, darum werden die Kredite der Stadt verzinst und sollen bis ins Jahr 2050 amortisiert und zurückbezahlt sein. Im Rahmenkredit sind alle Ausgaben für den Ausbau der Fernwärme enthalten. Dazu gehören auch solche unter 2 Millionen Franken, die jeweils vom Stadtrat beantragt werden. Die Voraussetzung für das Projekt wurde mit der Verbindungsleitung zwischen dem Kehrichtheizkraftwerk (KHKW) Hagenholz und dem



KHKW Josefstrasse bereits geschaffen. Erst mit dieser Verbindungslinie können die beiden Gebiete mit Fernwärme versorgt werden. Der Ausbau der Fernwärme trägt massgeblich zur Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft und dem Netto-Null-Ziel bei. Mit dem Ausbau kann der Anteil des Energieverbrauchs aus erneuerbarer Energie erhöht und der CO₂-Ausstoss gesenkt werden. Das bestehende Fernwärmenetz deckt aktuell rund 15 Prozent des Fernwärmebedarfs ab. Der Anteil soll mit dieser Weisung und mit diesem Rahmenkredit auf 25 Prozent erhöht werden. Damit können zusätzlich 36 000 Tonnen CO₂ gespart werden. Zusammen mit der dritten Verbrennungslinie im KHKW Hagenholz, die wir bereits bewilligt haben, kann noch mehr CO₂ gespart werden. Bis ins Jahr 2040 soll der Energiemix bei der Fernwärme aus 100 Prozent erneuerbarer Energie geleistet werden. Die Spitzenlastabdeckung erfolgt über Biogas. Fernwärmeprojekte werden grösstenteils im Rahmen des koordinierten Bauens mit Strassenwerkleitungsprojekten umgesetzt. Somit können Investitionen bis zu 25 Prozent reduziert werden. Die Wirtschaftlichkeit ist abhängig vom Anschlussgrad und beträgt beim bestehenden Fernwärmenetz 60 Prozent. Im geplanten Netz wird mit einem Anschlussgrad von 60 bis 70 Prozent gerechnet. Zudem wird in den bestehenden Gebieten die Nachverdichtung laufend vorangetrieben. Insgesamt kann man mit einem Anschlussgrad von 70 Prozent rechnen. Der Ausbau wird bei den Gemeinschaftsanschlüssen in Zusammenarbeit mit Energie 360° realisiert. In der Kommission haben wir die Weisung ausführlich diskutiert, viele Fragen gestellt und zwei rechtliche Unklarheiten mit der Rechtskonsulentin geklärt. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass es sinnvoll ist, das Fernwärmenetz wie geplant auszubauen. Um die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft und das Netto-Null-Ziel zu erreichen, ist der Ausbau unerlässlich. Die Ziele sind in der Gemeindeordnung verankert und damit bindend. Dass der Ausbau etappenweise und koordiniert realisiert werden soll, macht ökonomisch und ökologisch Sinn.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag:

Ronny Siev (GLP): *Die Fernwärme ist derzeit das offensichtliche Mittel, um unser Ziel der Dekarbonisierung der Stadt Zürich bis ins Jahr 2040 zu erreichen. Vor einigen Jahren unterstützten wir darum die kürzlich fertiggebaute Verbindungsleitung vom Hagenholz an die Josefstrasse. Zur jetzigen Weisung beantragen wir, dass der Rahmenkredit nicht für den Zeitraum bis 2040 bewilligt wird, sondern nur bis zum Jahr 2030. Die Höhe soll statt 330 Millionen nur 149 Millionen Franken betragen. Im Jahr 2030 soll der Gemeinderat das gesamte Projekt evaluieren und danach den zweiten Teil beschliessen können. Wenn alles gut läuft, ist das nur eine Formsache. Aber wenn es Alternativen oder sonstige Probleme gibt, sind wir froh, wenn wir das Geschäft nochmals anschauen und wenn nötig den neuen Umständen und Möglichkeiten anpassen können. Die Grünen schreiten nicht blind durch die Welt. Wir wollen nicht, dass der Stadtrat für zwanzig Jahre vorausplant, ohne dass wir die Möglichkeit für einen Marschhalt, eine Strategie- oder Umsetzungsanpassung haben. In einem solch langen Zeitraum kann viel geschehen. Der Kanton könnte der Stadt aufgrund des effizienten Fernwärmenetzes in Zukunft mehr Abfall zuteilen. Was geschieht, wenn Abfall ein knappes Gut wird? Das könnte aufgrund einer Wirtschaftskrise eintreten oder weil unsere Anstrengungen zur Abfallverminderung Früchte tragen. Wenn weniger Abfall als erwartet produziert wird, funktioniert das Projekt nicht mehr gleich gut, und man muss mit Holz oder mit Biogas*



nachhelfen. Es könnte sein, dass neue Formen von Wärmepumpen oder Erdsonden bekannt werden, die wesentlich effizienter sind als die Fernwärme. In diesem Bereich wird sehr viel geforscht. Sollte die Stadt einfach weiterbauen, wenn ein solches Szenario eintritt? Auch andere Technologiesprünge sind denkbar. Wir können heute nicht ausschliessen, dass es in zehn Jahren bessere Optionen gibt als dieses Projekt. Es kann auch sein, dass es bessere Methoden beim Bau der Fernwärmenetze geben wird. Auch das wird nicht mehr berücksichtigt, wenn das Geld für das jetzige Projekt heute gesprochen wird. Zwanzig Jahre sind eine enorm lange Zeit. Es ist unverantwortlich, bei einem solch grossen, teuren und langen Projekt einzig und allein dem Stadtrat zu vertrauen. Mit unserem Antrag stärken wir die Kompetenz des Gemeinderats. Im Jahr 2030 sollen wir evaluieren können, ob die Strategie noch die richtige ist, oder ob eine Anpassung nötig wird. Es braucht dafür eine breitere Verantwortlichkeit als den Stadtrat. Wenn sich keine Anpassung aufdrängt, wird es eine kurze Debatte und der Gemeinderat von 2030 wird das restliche Geld für den Rest des Projekts sprechen. Wenn aber Anpassungen anstehen, wird der Gemeinderat 2030 froh sein, dass wir ihm heute diese Möglichkeit geben. Sollte es aufgrund von fehlenden Möglichkeiten, die Strategie anzupassen, zu einem Abschreiber kommt, werden wir alle auf den heutigen Tag zurückschauen und Ihr Antworten schuldig sein, warum Ihr dem Antrag der GLP nicht gefolgt seid.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmungen:

Derek Richter (SVP): *Die SVP wird die Weisung ablehnen. Dem Änderungsantrag der GLP hingegen werden wir zustimmen. Die Argumentation von Ronny Siev (GLP) hat uns überzeugt. Warum lehnt die SVP als einzige Partei die Fernwärme ab? Wir haben drei gute Gründe. Wir bestreiten nicht, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass aus Abfall Wärme, also Energie, gewonnen wird. Das KHKW Josefstrasse befindet sich momentan im Rückbau; sämtlicher Abfall wird im KHKW Hagenholz verwertet und in Wärme umgewandelt. Die Wärme ist eine sogenannte proprietäre Energieform. Es handelt sich um Heissdampf, der für sanitäre Zwecke und zum Wärmen von Wohnungen genutzt werden kann. Er kann nicht für die zukünftigen Herausforderungen verfügbar gemacht werden. Dazu gehört die Mobilität mit E-Bikes oder der Schienenverkehr. Es gibt mehr und mehr Wärmepumpen. Diese funktionieren mit Strom. Das proprietäre System ist so ausgelegt, dass wir uns mit einer fünf Kilometer langen Leitung quer durch die ganze Stadt eine einmalige Infrastruktur anschaffen sollen. Gnade uns Gott, wenn diese Infrastruktur einmal beschädigt ist. Dann bedeutet das für ganze Quartiere in der Stadt kein Duschen. Auch die Wirtschaftlichkeit ist nicht gegeben. Im Jahr 2001 mussten wir bereits einen einmaligen Abschreibungsbetrag von 114 Millionen Franken hinnehmen. Durch die Koppelung des Fernwärmepreises mit Erdgas- und Erdölpreisen wurde eine Art Plafonierung beschlossen. Beim Graben, der quer durch die gesamte Stadt verlaufen soll, wird Wert daraufgelegt, dass er nicht unter Trottoirs oder Bäumen verlaufen soll. Es ist folglich logisch, dass quasi alle Strassen zwischen Auzelg und der Josefstrasse aufgerissen werden müssen. Das Ganze kostet die astronomische Summe eines Drittels einer Milliarde Franken. Es ist klar, was dort geschehen wird, wo die Strassen aufgerissen werden sollen. Die Fernwärme ist in ihrem eigentlichen Sinne eine völlig veraltete Technologie. Die erste Installation erfolgte bereits im Jahr 1920 in Frank-*



reich mit der heutigen Dampftechnologie. Ein Privater schiesst heute für unser zukünftiges Internet sechzig Satelliten pro Woche in den Orbit, während wir immer noch mit Dampftechnologie beglückt werden. Das Ganze ist ein zentralistisches Gebilde, das an die Planwirtschaft erinnert. Die SVP kann dem niemals zustimmen. Ebenfalls befürchten wir, obwohl das in der Weisung explizit ausgenommen wurde, dass früher oder später eine Anschlusspflicht kommen wird. Im Geschäft GR Nr. 2016/66 zur Hardau hörten wir vom Sprecher der Grünen, dass Fernwärme biologisch und nachhaltig sein soll. Eine Technik aus dem Jahr 1920 als modern zu bezeichnen, ist sehr mutig. Was tatsächlich modern ist, zeigen unsere Kollegen im Kanton Aargau in der Kehrlichtverbrennungsanlage Buchs. Dort wird mit der Wärme entweder Strom oder Wasserstoff produziert. Das wurde in der Kommission beraten, aber das wird erst angedacht. Man setzt lieber auf eine Dinosaurier-Technologie wie Wasserdampf.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Kunz (Grüne): Die Grünen werden dem Fernwärmeausbau im Sinne von «wer A sagt, muss auch B sagen» zustimmen. Wir haben unter verschiedener Zusammensetzung bereits mehrere Male A gesagt. Ein Themenbereich sind die Klimaziele. Die Fernwärme wird ein substanzieller Bestandteil der Dekarbonisierung von Zürich sein. Die Energieplankarte weist ganz klar Fernwärmegebiete aus, darauf basierend ist der Ausbau vorgesehen. Ausserdem hat das Volk die Verbindungsleitung bei der Stilllegung des KHKW Josefstrasse bewilligt. Damals war das bei den Grünen umstritten, aber wir sind dafür und wir lehnen die Etappierung ab, dahinter sehen wir keinen Sinn. Auch ist mir nicht klar, wie das Abstimmungsprozedere ablaufen soll. Sinnlos ist die Etappierung auch, weil das Parlament und der Stadtrat selbstverständlich jederzeit in eine andere Richtung steuern können. Es gibt dazu einen Präzedenzfall: Beim Glasfasernetz sprachen wir mehr Geld, als schliesslich ausgegeben wurde. Die Etappierung beruht auch auf gewissen Argumenten, die wir im Jahr 2017 bei der Verbindungsleitung bereits diskutierten. Die Argumente und die Entgegnung des Kantons blieben stets gleich. Das Abfallaufkommen beruht auf dem kantonalen Abfallkonzept. Auch bei uns hiess es früher, dass wir uns Richtung Zero-Waste-Gesellschaft bewegen. Daran glaube ich auch als Grüner, aber ich weiss nicht, ob ich das erleben werde – in zwanzig bis dreissig Jahren werden wir noch mit Abfall leben müssen. Der Wärmebedarf ist selbstverständlich auch ein grünes Argument. Wir hoffen, dass die Häuser irgendwann keine Wärme mehr beziehen müssen, aber das wird nicht so bald eintreffen. Ein anderer Antrag, der wollte, dass ERZ die Fernwärme selbst baut, wäre sinnvoller gewesen, kam aber leider nicht zustande. ERZ Fernwärme verfügt über die Federführung bei der Fernwärme: bei den Heiztemperaturen und bei der Abwärmenutzung der KVA. Dort, wo es konkret wird, hört es jedoch auf: beim Projektieren, Bauen und Planen. Es ist klar, dass es bei der Fernwärme schnell gehen muss. Auch darum sollten wir den Kredit jetzt sprechen. Ich bin guten Mutes, dass die Bevölkerung das auch so sieht. Derek Richters (SVP) Befürchtung müssen wir zumindest diskutieren. Ein Anschluss muss in den erschlossenen Gebieten ermöglicht werden, gerade weil wir bereits hunderte Millionen Franken in die Infrastruktur investiert haben. Es entspräche einem Schildbürgerstreich, wenn das nicht genutzt wird. Ich sehe es ähnlich wie beim Prinzip Volksschule: Was für den einen ein



Zwang zur Volksschule ist, ist für den anderen eine Pflicht und für den Dritten ein unglaublich tolles System. Ich bin der Meinung, dass wir genauso ein Anrecht auf die Fernwärme haben, wenn wir die Infrastruktur erstellt haben. In diesem Sinne bleiben noch einige Themen liegen, aber vorderhand stimmen wir dem Kredit zu und gehen guten Mutes in die Volksabstimmung.

Barbara Wiesmann (SP): *Aus unserer Sicht macht es für die Planungssicherheit Sinn, dass der gesamte Rahmenkredit bereits jetzt gesprochen wird. Es wird in den verschiedenen Quartieren parallel gebaut und eine Etappierung würde das Ganze komplizierter machen und allenfalls verzögern. Zudem wird die Planbarkeit für die Hauseigentümer erschwert. Schliesslich verfügen der Gemeinderat und der Stadtrat über die Kompetenz und Möglichkeit, den Ausbau abzuändern oder abzubrechen. Aus diesen Gründen ist die Kommissionsmehrheit gegen den Änderungsantrag. Die SP unterstützt den Ausbau der Fernwärme sehr. Wir wollen einen weiteren Schritt gehen, um die Klimakrise zu bekämpfen. Wir hätten es jedoch besser gefunden, wenn im geplanten Versorgungsgebiet nur ein Anbieter aufgetreten wäre. Das hätte zu einer einheitlichen Tarifstruktur geführt und es wäre nur ein Ansprechpartner notwendig gewesen. Weil ERZ ein Eigenwirtschaftsbetrieb ohne Gewinnorientierung ist, käme es auch nicht zu einer Gewinnabschöpfung. Leider konnten wir das nicht über einen Änderungsantrag einbringen, weil es nicht in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Das stellt aus Sicht der SP jedoch nicht das gesamte Projekt in Frage.*

Ronny Siev (GLP): *Falls unser innovativer und weitblickender Änderungsantrag keine Mehrheit im Rat findet, stimmen wir trotzdem für die Weisung. Für die Grünliberalen hat die Forderung nach erneuerbarer Energie und die Erreichung des Netto-Null-Ziels eine sehr grosse Bedeutung. Prioritär ist zurzeit die Erweiterung der Fernwärme und die Möglichkeit für die Hausbesitzer, auf eine emissionsfreie Heizung zu wechseln. In vielen Gebieten sind Wärmepumpen und Erdsonden nicht möglich. Wärmeverbunde mit See-, Fluss- oder Abwasser sind ebenfalls nicht überall möglich. Auch gibt es noch nicht genügend Biogas, um alle Gasanschlüsse zu beliefern. Weitere Technologien sind noch nicht genügend ausgereift. Wir hoffen aber, dass diese kommen und dass wir in zehn Jahren nochmals darüber diskutieren können.*

Ernst Danner (EVP): *Die EVP hat ein gespaltenes Verhältnis zur Fernwärme. Bis jetzt stimmten wir allen Krediten zu – aber immer mit Unbehagen. Die Fernwärme trägt Widersprüche in sich. Sie hat ein Interesse, pro Objekt möglichst viel Energie zu liefern. Ökologisch ist es sinnvoll, möglichst wenig Energie zu verbrauchen und möglichst gut zu isolieren. Null-Energie-Häuser stehen im krassen Widerspruch zur Fernwärme. Es besteht ein massiver Druck seitens der Fernwärme zur Verdichtung. Bereits in Weisungen der 1970er- und 1980er-Jahre wurde offiziell eine «Vergrauelungspolitik» für kleine Objekte definiert, weil sich diese nicht lohnten. Viele Hauseigentümer bekamen das deutlich zu spüren, indem erst gesagt wurde, dass ein Fernwärmeanschluss erstellt wird und dann, dass der Anschluss genutzt werden muss. Dann werden sinnlose Offerten gemacht, die viel zu teuer sind. Es ist ein leitungsgebundenes System, das in Konkurrenz zu teils sinnvolleren und ökologisch besseren Systemen steht, wie zum Beispiel Erdsonden. Im Gebiet der ersten Ausbautappe befinden sich bereits viel Erdsonden für*



Wärmepumpen. Das ist ein Konkurrenzverhältnis. So lange so viel Abfall produziert wird, ist es sinnvoll, diese Wärme zu brauchen. Ich bin ausserdem im Gegensatz zu Derek Richter (SVP) nicht überzeugt, dass eine Verstromung ökologischer wäre. Wärme, die als Wärme genutzt wird, ist an sich ohne Energieumwandlung möglich und dadurch relativ effizient. Das ist jedoch nur kurzfristig so. Ein Fehlanreiz ist, dass die Fernwärme auf Abfall angewiesen ist. Wir lernen bereits in der Schule, dass wir Abfall möglichst vermeiden sollen. Wenn das ernst genommen wird, haben wir am Ende vielleicht zu wenig Energie, die wir produzieren können. Wir befinden uns in einem Dilemma. Weil eine Entwicklung in zehn Jahren nochmals massive, ökologische Sprünge bringen wird, ist der Antrag der Grünliberalen absolut sinnvoll. In zehn Jahren sollten wir nochmals beurteilen können, wie sinnvoll der weitere Ausbau ist. Am Ende wird die Parlamentsgruppe EVP mehrheitlich der Weisung zustimmen, auch wenn der Änderungsantrag abgelehnt wird. Als sanfter Protest wird es eine Enthaltung geben.

Derek Richter (SVP): *Barbara Wiesmann (SP) betonte, wie biologisch, ökologisch und toll die Fernwärme sei. Ich kann aber Ernst Danners (EVP) Dilemma auflösen. Wir haben mit dem Stromnetz bereits eine bestehende Infrastruktur. Darüber kann die Energie problemlos dorthin geleitet werden, wo sie tatsächlich benötigt wird – im Winter wie im Sommer, unabhängig von der Jahreszeit und von der Menge der gesammelten Abfälle. Das Ganze hängt auch mit der gescheiterten Energiestrategie 2050 unserer ehemaligen Bundesrätin zusammen. Heute verbrennen wir 240 000 Tonnen Abfall auf zwei Verbrennungslinien. Um den gestiegenen Energiebedarf zu decken, muss für sehr viel Geld eine dritte Linie erstellt werden. Das KHKW Hagenholz soll also zum Mekka der Abfallverbrennung im ganzen Perimeter werden; nicht nur aus der Stadt Zürich, sondern, wie der Stadtrat in seiner Weisung schreibt, aus der Agglomeration. Was er unter Agglomeration versteht, würden wir noch gerne wissen. Wie gelangt der Abfall ins KHKW Hagenholz? Er wird mit Lastwagen geliefert. Machen wir die kleine «Milchbüchleinrechnung»: Ein Dreiaxser hat eine ungefähre Nutzlast von 15 Tonnen. In Zukunft haben wir 120 000 Tonnen zusätzlichen Abfall. Wie viele Lastwagenfahrten ergibt das im Bereich des KHKW Hagenholz? Diese Frage übergebe ich gerne dem Stadtrat.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Der Abfall wird im Kanton Zürich dort verbrannt, wo die Wärme am effizientesten genutzt werden kann. Das ist vom Kanton so festgelegt. Die effizienteste Nutzung findet dort statt, wo die grösste Dichte an Abnehmerinnen und Abnehmern ist. Darum ist klar, dass der Abfall im ganzen Kanton am längsten, am effizientesten und am besten in der Stadt Zürich verbrennt und verwertet werden kann. Wir werden die letzten sein, die noch Abfall zum Verbrennen haben, auch wenn es immer weniger Abfall geben wird. Davon kann momentan noch keine Rede sein. Realistisch gesehen, werden wir vermutlich noch einige Jahrzehnte mit Abfall leben müssen. Sollte dieser tatsächlich abnehmen, werden zuerst die anderen KVA im Kanton geschlossen, weil das KHKW Hagenholz die effizienteste Nutzung garantieren kann. Abgesehen davon ist sie zusammen mit jener in Basel die effizienteste in der ganzen Schweiz. Wenn Sie aus Abfallwärme*



zuerst Strom produzieren wollen, um mit diesem Strom wiederum Wärme zu produzieren, verlieren Sie bei der Umwandlung zwei Mal Energie. Jede Umwandlung von Energie bedeutet ein Verlust an Energie. Das Sinnvollste ist, Wärme direkt als Wärme zu nutzen. Darum ist diese «Steinzeittechnologie» durchaus immer noch modern, weil dem noch nichts Besseres entgegengesetzt werden kann. Auch falls uns der Abfall ausgehen wird, ist das Leitungsnetz nicht davon abhängig, wie die Wärme produziert wird. Wir brauchen nicht unbedingt Abfall, um Wärme zu produzieren und um Dampf zu erzeugen. Wir können die Wärme zum Beispiel jederzeit auch mit Holz generieren. Biogas ist ein weiteres Beispiel, davon gibt es jedoch zu wenig. Bezüglich der Etappierung: Den Kredit dürfen wir nicht unterteilen. Wir müssen der Stimmbürgerin und dem Stimmbürger von Anfang an eine Gesamtsumme nennen. Wir können nicht die Hälfte der Kosten auführen und in zehn Jahren die zweite Hälfte. Es braucht einen Gesamtkredit. Es ist ein Rahmenkredit, darin gibt es verschiedene Etappen und Objektkredite. Ein Stopp kann jederzeit verlangt werden, das ist auch ohne Änderung einer Dispositivziffer möglich. Der Stadtrat und der Gemeinderat werden nicht jahrzehntelang Geld in etwas investieren, das nicht funktioniert. Der letzte Punkt ist die Forderung, dass ERZ alles allein machen solle. Überspitzt gesagt, machen wir das eigentlich bereits. Mit ERZ Fernwärme, dem neuen Dach über die verschiedenen Energieproduzenten in der Stadt, sind wir auf diesem Weg. Das heisst nicht ERZ, sondern «Wärme Zürich». Es ist eine Kooperation zwischen allen Beteiligten. Die Ressourcen, das Personal und das Know-how wird jetzt mit Wärme Zürich zusammengeführt. Es ist ein Punkt, den wir formal noch nicht vollständig erfüllen, aber wir sind auf dem Weg in genau diese Richtung. Auch wir sind der Meinung, dass Wärme Zürich das Instrument dafür ist und dass die Wärmeproduktion, die Lieferung und der Service aus einer Hand geschehen sollen.

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A1, neuer Dispositivpunkt A2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A1 sowie einen neuen Dispositivpunkt A2 (Die Dispositivpunkte A2 und A3 werden zu A3 und A4):

1. Für die Erweiterung der Fernwärmeversorgung in den Quartieren Wipkingen, Oberstrass, Unterstrass, Aussersihl sowie in den Gebieten Guggach und Zürich-West/Sihlquai im Zeitraum von 2022 bis 2040 2030 wird ein Rahmenkredit von 330 149 Millionen Franken (inklusive Mehrwertsteuer) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex (Preisbasis Januar 2020).
2. Für den weiteren Ausbau der Fernwärmeversorgung im Zeitraum von 2030 bis 2040 wird die Kompetenz zur Festlegung des Rahmenkredits an den Gemeinderat delegiert.



8 / 9

Mehrheit: Barbara Wiesmann (SP), Referentin; Präsident Michael Kraft (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Niyazi Erdem (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Marcel Müller (FDP), Elisabeth Schoch (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Minderheit: Ronny Siev (GLP), Referent; Beat Oberholzer (GLP), Derek Richter (SVP) (für vakanten Sitz SVP)
Enthaltung: Andreas Kirstein (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivpunkte A1–A3

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den Dispositivpunkten A1–A3.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivpunkte A1–A3.

Mehrheit: Barbara Wiesmann (SP), Referentin; Präsident Michael Kraft (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Niyazi Erdem (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Minderheit: Derek Richter (SVP) (für vakanten Sitz SVP), Referent

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 17 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts B.

Mehrheit: Barbara Wiesmann (SP), Referentin; Präsident Michael Kraft (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Niyazi Erdem (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Minderheit: Derek Richter (SVP) (für vakanten Sitz SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Erweiterung der Fernwärmeversorgung in den Quartieren Wipkingen, Oberstrass, Unterstrass, Aussersihl sowie in den Gebieten Guggach und Zürich-West/Sihlquai im Zeitraum von 2022 bis 2040 wird ein Rahmenkredit von 330 Millionen Franken (inklusive Mehrwertsteuer) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex (Preisbasis Januar 2020).
2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits in Objektkredite entscheidet der Stadtrat.
3. Die Zuständigkeit für koordiniert zu realisierende Strassenbau- und Werkleitungsprojekte bestimmt sich abzüglich der Ausgaben für Fernwärme-Projekte, die dem Rahmenkredit gemäss Ziffer A.1 anzulasten sind.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

Für das mit Ziffer A.1 bezeichnete Vorhaben wird eine Vorfinanzierung von 40 Millionen Franken bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. September 2021 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat